

hinterGRÜNde

Grüne Infos aus dem Thüringer Landtag



ANDERS WACHSEN – EINE WOHLFAHRTSORIENTIERTE POLITIK FÜR THÜRINGEN

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

LANDTAG THÜRINGEN

Mobilität als Wohlfandsfaktor

Hochschulpolitik – quo vadis?

Exportorientierung in der Landwirtschaft

Neufassung Verfassungsschutzgesetz

EDITORIAL

Liebe Leserin und lieber Leser,



höher, schneller, weiter. Wer Fortschritt will, muss Schritt halten. Aber um welchen Preis? Ist immer mehr genug? Ist Wachstum wirklich gleichzusetzen mit Wohlstand oder gar Wohlfahrt? Messen wir überhaupt das Richtige? Immer mehr Menschen auf allen Kontinenten der Erde, unter ihnen viele Ökonom/-innen und andere Wissenschaftler/-innen, stellen diese ultima ratio und den Wachstumsfetisch infrage.

Obwohl Wachstumsraten ganz offensichtlich nur einen begrenzten Aussagewert bezüglich des gesellschaftlichen Wohlstandes haben, kommt ihnen in der politischen Debatte noch immer ein herausragender Stellenwert zu. Angesichts dieser Beobachtung haben wir uns nach der bündnisgrünen Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein ebenfalls entschieden, einen Beitrag zur Diskussion gesamtgesellschaftlicher Kosten-Nutzen-Rechnungen zu leisten. Die Studie „Der Regionale Wohlfahrtsindex für Thüringen“ (RWI) ist ein sichtbares Ergebnis unserer diesbezüglichen Anstrengungen und schlägt eine Brücke vom Konzept des Green New Deal zu den Postwachstumsdebatten. Im Rahmen einer gemeinsamen Wachstumstagung der Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen und des Postwachstumskollegs der Friedrich-Schiller-Universität Jena wurden die Ergebnisse der Studie im Herbst 2013 mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft diskutiert. Bereits zu Beginn dieses Jahres haben wir diesen Diskussionsprozess bei Veranstaltungen in Erfurt, Meiningen und zuletzt in Weimar fortgeführt. Die Erkenntnisse hieraus wollen wir als Basis nehmen – für grüne Konzepte einer nachhaltigen, zukunftsfähigen und gemeinwohlorientierten Wirtschaftspolitik in Thüringen.

In dieser Ausgabe lesen Sie, welchen Politikfeldern dieses Wachstumsdenken anhaftet und welche Alternativen hierzu existieren. Und natürlich berichten wir über aktuelle Initiativen der Fraktion wie unseren Gesetzentwurf für einen echten Neuanfang beim Thüringer Verfassungsschutz.

Viele Spaß beim Lesen
und einen grünen Frühling wünscht

*Ihre Anja Siegesmund
Fraktionsvorsitzende*

Noch mehr Infos gibt es, wenn man den Grünlinks (gruenlink.de/7di) folgt oder die QR-Codes mit einem Smartphone scannt.

Im Netz bieten wir unsere Fraktionszeitung auch in digitaler Form an.



INHALT

Editorial	2
1 Frage – 6 Abgeordnete	3
Anders wachsen – Für eine wohlfahrtsorientierte Politik in Thüringen	4
Mobilität als Wohlstandsfaktor	6
Regionale Wohlfahrt und Straßenbau	7
Hochschulpolitik – quo vadis?	8
Exportorientierung in der Landwirtschaft ..	9
Notwendige Zäsur im Thüringer Verfassungsschutz	10
Fraktion in Kürze	11

1 Frage – 6 Abgeordnete

Wie hältst du es mit dem Wachstum?

Thüringen soll wachsen, aber richtig! Mir geht es vor allem um ein Wachstum des gesellschaftlichen Wohlergehens und um ein Mehr an Lebensqualität für uns und unsere Kinder. Daher setze ich mich für eine verantwortungsvolle und weit-sichtige Politik ein, die die gesamtgesellschaftlichen Kosten und Gewinne unseres Handelns in all ihren Entscheidungen zu berücksichtigen sucht. In der Wirtschaftspolitik mache ich mich für zukunftsfähige und regionale Wertschöpfungsketten stark. Und in der Sozialpolitik setze ich mich für eine integrative und inklusive Gesellschaft ein, in der die Möglichkeiten der Teilhabe nicht allein von Geschlecht und Herkunft, sondern Chancen und Talent bestimmt werden. *Anja Siegesmund*



Klar ist, die Summe aller Ressourcen auf unserem Erdball ist endlich. Auch Wachstum muss daher endlich sein. Je nachdem, wie wir das Wachstum organisieren, also welche Ressourcen wir nutzen, werden wir das Ende des Wachstums nur hinausschieben. Unsere Ressourcen liegen in einer einzigartigen Kultur- und Bildungslandschaft. Das sind die Grundlagen unseres Wohlergehens und unserer Besonderheit. Thüringen muss sich perspektivisch öffnen und eine echte Willkommenskultur leben. Ein buntes Thüringen wird auch eines der Wohlfahrt sein, in dem man in Vielfalt zu Hause ist. *Astrid Rothe-Beinlich*

Ich bekenne, ich bin kein Wachstumsgegner. Natürlich müssen in Zeiten, in denen das weltweit handelbare Finanzvolumen nichts mehr mit der globalen Wirtschaftsleistung zu tun hat und Wirtschaftswachstum Menschen in die Armut treibt, althergebrachte Wirtschafts- und Wachstumstheorien hinterfragt und gegebenenfalls über Bord geworfen werden. Dennoch bin ich für Wachstum. Viele unserer Aktivitäten im Ehrenamt und in der Fraktion sind darauf ausgerichtet, Dinge wachsen zu lassen. Dazu gehört soziale Gerechtigkeit genauso wie der Anteil an erneuerbaren Energien oder das persönliche Glück. *Dr. Frank Augsten*



Das weitere Anwachsen der produzierten Gütermenge ist ökologisch nicht zu rechtfertigen und für unser Wohlbefinden in den entwickelten Gesellschaften auch nicht notwendig. Hier geht es vielmehr um eine gerechtere Verteilung. Die Basis für „grüne“ Wohlfahrt in Thüringen sind innovative, mutige Menschen, die ihre eigenen Ressourcen nutzen können und wollen. Konkrete Ansätze für den Freistaat sehe ich in stärkerer regionaler Produktion, sowohl von Energie als auch von Produkten und Dienstleistungen. Wohlfahrt heißt auch Wertschätzung für die eigene Tätigkeit. *Carsten Meyer*

Der Begriff „Wachstum“ ist zum Dogma geworden. Wachstum ist aber nicht per se gut. Deshalb müssen wir gutes Wachstum definieren. Mit dem alten Wachstum von heute wird eines morgen schrumpfen: unser Wohlstand. Schlechtes Wachstum ist die Ausweisung von Gewerbeflächen, auf denen Unternehmen wie Zalando unzulängliche Arbeitsbedingungen bieten und billige Produkte verkaufen, deren Preise nicht die Umweltkosten, zum Beispiel beim Transport, berücksichtigen. Ein nachvollziehbarer Wohlfahrtsindex statt blinde Wachstumsgläubigkeit ist deshalb das Gebot der Stunde. *Jennifer Schubert*



Ich wünsche mir einen positiven Wachstumsbegriff, wie er sich in „Mehr Demokratie!“ oder im wachsenden Einsatz von erneuerbaren Energien ausdrückt. Wachstum kann nicht generell schlecht oder gut sein, es geht vielmehr um eine kritische Auseinandersetzung, die nicht mäkelte, sondern gestaltet! Es geht um ein qualitatives Wachstum, ohne den Verbrauch von Ressourcen ständig zu erhöhen. Es wird in Zukunft noch stärker auf unsere politische Kreativität ankommen, um gesellschaftliche Entwicklung auch in Zeiten knapperer Ressourcen zu gestalten. *Dirk Adams*

Wie hältst du es mit dem Wachstum?

ANDERS WACHSEN – FÜR EINE WOHLFAHRTSORIENTIERTE POLITIK IN THÜRINGEN



Anja Siegesmund

Fraktionsvorsitzende, Sprecherin für Soziales, Arbeit, Familie, Gesundheit und Wirtschaft

Im Interview spricht Anja Siegesmund über die begrenzte Aussagekraft des Bruttoinlandsprodukts, die Funktionsweise des Regionalen Wohlfahrtsindex für Thüringen sowie Ergebnisse und daraus folgende Maßnahmen der Studie im Auftrag unserer Fraktion.

Was stört am bisherigen Wachstumsbegriff?

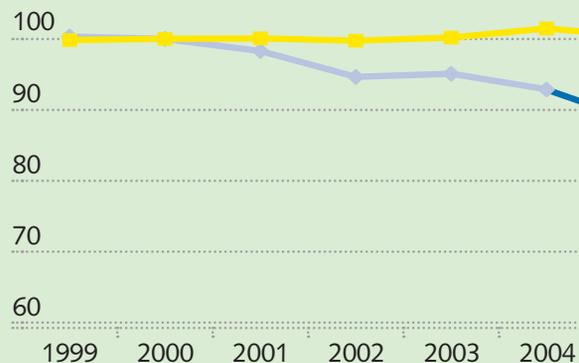
Jede und jeder weiß, es kann kein unendliches Wachstum geben. Zur Berechnung des Wachstums wird dabei stets das Bruttoinlandsprodukt (BIP) herangezogen, das den Gesamtwert aller Güter und Dienstleistungen bemisst, die von einer Volkswirtschaft innerhalb eines Jahres produziert oder über den Markt getauscht werden. Steigt das BIP, steigt die Laune an den Märkten. Werden zuvor getroffene Prognosen nicht erreicht, setzt die Tagesschausprecherin eine ernste Miene auf. Es ist doch paradox: Ein Auffahrunfall auf der Straße oder die Beseitigung von Naturkatastrophen steigern das BIP. Deshalb haben wir uns gefragt, ob wir damit überhaupt das Richtige messen und mittels unserer Studie die Entwicklung des Landes anhand eines sogenannten Regionalen Wohlfahrtsindex nachgezeichnet. Dieser berücksichtigt neben rein wirtschaftlichen auch soziale und ökologische Faktoren.

Vorstellung der Studie „Der Regionale Wohlfahrtsindex für Thüringen 1999 bis 2010“ im Rahmen einer Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung in Jena (v.l.n.r.: Prof. Dr. Klaus Dörre, Anja Siegesmund, Stefan Jakob, Stefan Schirmer, Prof. Dr. Hans Diefenbacher, Prof. Dr. Ulrich Witt, Prof. Dr. Thomas Sauer)

Wie genau funktioniert der Regionale Wohlfahrtsindex?

Der Regionale Wohlfahrtsindex behält den Grundansatz des BIP bei, rechnet aber anders. Dieser alternative Index versucht, positive und negative wohlfahrtsrelevante Folgen unseres Wirtschaftens in einer Periode in Geldwerten auszudrücken und zusammenzurechnen. Die Entwicklung des RWI kann dann mit der Entwicklung des BIP verglichen werden. Konkret bedeutet dies zum Beispiel, dass die Kosten von

RWI Thüringen und BIP im Vergleich



Broschüre:
Der Regionale
Wohlfahrtsindex
für Thüringen
1999 bis 2010
gruenlink.de/pz3



Schritt 1 für mehr Wohlfahrt in Thüringen:

Gesundheitsvorsorge ausbauen.

Der demografische Wandel stellt auch die Gesundheitsvorsorge vor große Herausforderungen. Die qualitativ hochwertige und flächen-deckende medizinische Versorgung muss sichergestellt werden.

CO₂-Emissionen, der Flächenverbrauch oder auch die Kosten von Unfällen oder Kriminalität mit einem Preisschild für die Gesellschaft versehen werden. Umgekehrt werden zum Beispiel ehrenamtliche Arbeit, öffentliche Ausgaben für Bildung und Gesundheit oder der Gewinn von Biotopflächen positiv gewertet.

Was sind die wichtigsten Ergebnisse der Studie?

In der Studie kommen die Autorinnen und Autoren zu dem Schluss und zugleich zu der Forderung: Würden Politik, Medien und Öffentlichkeit den RWI als Leitindikator nehmen und nicht mehr das BIP, könnten neue Ansatzpunkte in das Blickfeld genommen werden – und zwar solche, die etwas über Lebensqualität sagen. Im Ergebnis zeigt sich ein deutliches Auseinanderklaffen zwischen der Thüringer Wirtschaftsentwicklung einerseits und den Tendenzen der Lebensqualität andererseits: Während das BIP von 1999 bis 2010 insgesamt leicht stieg, sank die Wohlfahrt im gleichen Zeitraum. Beispielsweise führten Flä-

chenversiegelung und Bebauung in Flussnähe in den vergangenen Jahren zunächst zu einem Anstieg des BIP. Drei sogenannte Jahrhunderthochwasser später sind die volkswirtschaftlichen Schäden jedoch in mehreren Milliardenbeträgen zu besichtigen. Also weiter die Deiche höher bauen – auf dass sie das nächste Mal halten? Oder der Natur ihren Raum geben? Es liegt auf der Hand: Flüsse lassen sich nicht einzwängen.

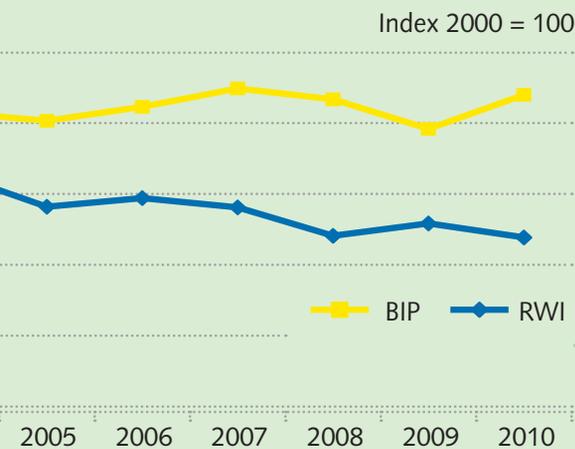
Was heißt das für GRÜNE Politik?

Wir wollen eine breite öffentliche Diskussion über die Grenzen der bisherigen Wachstumsorientierung in Politik und Gesellschaft befördern. Wir sind überzeugt, dass eine Stabilisierung oder gar Steigerung unserer Lebensqualität und der Wohlfahrt unserer Kinder nur auf Grundlage eines nachhaltigen Wirtschaftens gelingt. Daraus ergeben sich politische Forderungen wie die Einführung eines Mindestlohnes, eine bessere Ausstattung des Bildungswesens, ein weit ausgebauter öffentlicher Nahverkehr und eine deutliche Reduktion der Flächenversiegelung.

Schritt 2 für mehr Wohlfahrt in Thüringen:

Mindestlohn schnellstmöglich einführen.

Die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohnes wird die Einkommensentwicklung in Thüringen unmittelbar positiv beeinflussen. Wird dieser in der Höhe von 8,50 Euro realisiert, werden davon direkt viele Bürgerinnen und Bürger profitieren. Der Zugewinn an Kaufkraft wird nach allen bisherigen Erfahrungen bei Lohnsteigerungen in diesem Bereich fast eins zu eins in den Konsum eingehen. Auch daher sollte nicht länger gewartet werden.



Quelle: Der Regionale Wohlfahrtsindex für Thüringen 1999 bis 2010

Tour zur RWI-Studie 2014

Ob im Erfurter Café Nerly, in der ACC Galerie Weimar oder im Kaffee Krämer in Meiningen: Auf den bisherigen Stationen unserer RWI-Tour haben wir viel positive Resonanz erfahren und gute Diskussionen geführt. So auch mit Sarina Riethmüller vom südthüringer Tauschring „Zeit geben“:

„Ewiges Wachstum halten wir für unnatürlich. Nur die Kombination aus Regionalität, naturfreundlicher Energiegewinnung und Technik sowie einem ressourcenschonenden Lebensstil jedes Einzelnen bringt uns auf ein natürliches, gleichbleibendes Niveau. Das erfordert Aufklärung und Bewusstsein.“

Die Abschlussveranstaltung der Tour findet am 19. Juni 2014 um 19.00 Uhr in Jena, Astoria Hörsaal der Friedrich-Schiller-Universität statt. Seid dabei!



Schritt 3 für mehr Wohlfahrt in Thüringen:

Flexiblere Arbeitszeitmodelle unterstützen.

Eine zukunftsfähige Beschäftigungspolitik setzt nicht in erster Linie auf die Ausweitung des Arbeitsvolumens, sondern auf ein Angebot, das die Arbeitszeitwünsche der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Mittelpunkt stellt. Die Lebensqualität der Einzelnen oder des Einzelnen besteht in der Umsetzung der eigenen Wünsche zur Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit, Familie und ehrenamtlichen Engagements.

Mobilität als Wohlfandsfaktor – Gesundheit erhalten statt Wachstum maximieren



Jennifer Schubert

Stv. Parlamentarische Geschäftsführerin, Sprecherin für Bau, Landesentwicklung, Verkehr und Demografie sowie Petitionen

Schritt 4 für mehr Wohlfahrt in Thüringen:

Gut getaktet unterwegs sein.

Für viele Bürgerinnen und Bürger ist eine Grundvoraussetzung für den Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr, dass dieser eine attraktive Alternative zum Auto darstellt. Das gelingt nur mit einem vernetzten öffentlichen Personennahverkehr.

Das Verkehrswachstum in Thüringen ist vorbei und für den Wohlstand auch nicht notwendig. Jetzt gilt es, die Qualität der Mobilität zu verbessern. Dabei stehen vor allem die Anwohnerinnen und Anwohner von hoch belasteten Straßen im Mittelpunkt

Jährlich sterben in Deutschland laut Umweltbundesamt fast 50.000 Menschen vorzeitig an vermeidbarer Luftverschmutzung. Das sind mehr als 1.000 Menschen allein in Thüringen. Die Gesundheitsgefährdung durch Lärm ist dabei noch gar nicht berücksichtigt. Ein großer Teil der Gefährdung ist auf Verkehrs- und Industrieemissionen zurückzuführen.

In Sonntagsreden und Websitevideos beschwört Verkehrsminister Carius, dass die Gesundheit der Thüringer/-innen Priorität hat und freut sich, dass die Anzahl der Getöteten im Straßenverkehr hierzulande in den letzten Jahren auf 120 abgenommen hat. Angesichts der weiter oben genannten Opferzahlen von Menschen, die „nur“ am Straßenrand wohnen, scheint diese Zahl tatsächlich niedrig.

Doch statt die Mobilitätsangebote und die dazu notwendigen Investitionen spätestens aufgrund dieser Erkenntnisse endlich konsequent am Wohl der Anwohnerinnen und Anwohner auszurichten, setzt die Landesregierung noch immer auf Beschleunigung des Verkehrs zum vermeintlichen Wohle der Wirtschaft.

Ein Beispiel: An der hochbelasteten B 4 von Erfurt nach Sondershausen werden die Anwohner/-innen in Orten wie Greußen, Straußfurt oder Gebesee schon seit 20 Jahren mit dem angeblich baldigen Bau einer Umgehungsstraße vertröstet.

Doch vor einigen Wochen stellte sich heraus: Die Landesregierung hat stattdessen die Begradigung der Sundhäuser Berge vorgezogen. Dabei handelt es sich um einen Streckenabschnitt, an dem kein Mensch wohnt. Mit einer angemessenen Geschwindigkeitsbegrenzung, kombiniert mit einer konsequenten Kontrolle, wäre die Sicherheit dort kostengünstig herzustellen. Eine Umgehung für große überregionale LKW und besonders geschwindigkeitsbetonte PKW-Fahrten ist ohnehin durch die Fertigstellung der A 71 noch in diesem Jahr verfügbar.

Unsere Landtagsfraktion hat deshalb einen Leitfaden erstellen lassen, der die Leidtragenden dabei unterstützen soll, wenigstens die ohne Ortsumgehung rechtlich möglichen Entlastungen durchzusetzen. Denn wenn schon kein Geld für die Umgehungsstraße da ist, dann sollte wenigstens über Maßnahmen wie Tempo 30, Gewichtsbeschränkungen und Nachtfahrverbote dafür gesorgt werden, die Gesundheit der Menschen zu schützen. Doch auch hier mauert die Landesregierung aus Angst vor Geschwindigkeitsverlusten für den Wirtschaftsverkehr. Dabei ist längst nachgewiesen: Eine Beschleunigung des Verkehrs bringt kein Wirtschaftswachstum mehr – und schon gar kein nachhaltiges.

Offensichtlich hat Herr Carius Prioritäten. Sie sehen aber leider anders aus, als die wohlfeilen Schönwetterworte des Ministeriumsmarketings suggerieren. Eine klare, an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientierte Definition der Reihenfolge der Baumaßnahmen, wie dies in Baden-Württemberg oder Hessen inzwischen geschieht, ist zwingend notwendig. Wer diesen Schritt nicht geht, der steht dem Wohlstand im Weg.



Jennifer Schubert und Prof. Bernhard Meyer, Leiter des Projekts „Bespielbare Stadt Griesheim“, bei einem Rundgang durch Jena im Vorfeld des Fachgesprächs „Abenteuer im Stadtdschungel für die ‚Generation Rücksitz‘? Aber sicher!“.

Schritt 5 für mehr Wohlfahrt in Thüringen: Energie gewinnen.

Energie erst gar nicht zu verbrauchen, ist nicht nur umwelt-, sondern auch geldbeutelchonend. Die energetische Sanierung von Gebäuden muss deshalb vorangetrieben werden.

Regionale Wohlfahrt und Straßenbau oder: Warum die CDU keine solide Finanzpolitik macht

Die Landtagsdebatten waren in den letzten Jahren durch die Haushalts- und Finanzpolitik geprägt. Mit dem Beginn der großen Koalition schob sich die Realität vor das bunte Bild von blühenden Landschaften mit ewig konservativ wählenden Bürgerinnen und Bürgern: Die CDU-Landesregierungen hatten mehr als 17 Milliarden Euro Schulden angehäuft und in den nächsten zehn Jahren werden die Landeseinnahmen stetig zurückgehen.

Am Ende der Wahlperiode ergibt sich aus finanzpolitischer Sicht ein fast schon desaströses Bild: Trotz aller Versprechen sind die Schulden des Landes nicht weniger, sondern mehr geworden, um fast 260 Millionen Euro. Die CDU brüstet sich damit, dass jetzt Schulden getilgt werden, vergisst aber gern zwei Punkte: Zu dieser Tilgung ist das Land per Gesetz verpflichtet, es ist also keine Leistung, sondern ein pflichtgemäßes Einhalten der Landeshaushaltsordnung. Und die Höhe dieser Tilgung von 65 Millionen Euro würde in die Zukunft projiziert „schon“ nach rund 250 Jahren einen schuldenfreien Haushalt bedeuten. Eine wirklich verantwortungsvolle Finanzpolitik sieht für uns anders aus.

Auch wenn unsere Kritik häufig auf die CDU zielt, Alternativen bietet die SPD ebenso wenig. Beide Parteien leiden an ihrer politischen Wahrnehmung des demografischen Wandels und der rückläufigen Einnahmen des Landes. Zunächst ist da die Unfähigkeit zu echten strukturellen Änderungen oder auch nur zu einem Nachdenken darüber. Die Rücksichtnahme auf (vermutete) Interessen ihrer Wählerschaften machen es ihnen unmöglich, die genannten Rahmenbedingungen mit einem vorausschauenden Handlungsmix für ein „Zeitalter

des Weniger“ in Übereinstimmung zu bringen. Während aber die SPD versteht, dass zum Beispiel die überfällige Gebietsreform nicht vorrangig einem simplen Sparen dienen soll, sondern einer Verbesserung des Verwaltungshandelns von Kommunen und Land, ist die CDU weiter vollständig uneinsichtig. Und beide Parteien scheuen das Eingeständnis, dass es für ein „Weiter so“ einfach nicht mehr genug Geld gibt. In Zeiten des Wachstums war es leicht, von Entwicklungskernen zu reden und seinem Lieblingswahlkreis deshalb besonders viele Mittel zuzuschanden. Es ist aber nun notwendig, von Schrumpfungsregionen zu sprechen und hier womöglich nicht mehr, sondern bewusst weniger Mittel aufzuwenden. Wenn eine Region in den nächsten Jahren ein Viertel ihrer Einwohner/-innen verliert, kann sie sich dann noch so viele Straßenkilometer leisten wie heute?

Unsere Antwort auf diese Herausforderungen lautet: Die Wohlfahrt eines Landes muss ganz anders bewertet werden als in Straßenkilometern oder an der einfachen Menge an Krankenhäusern oder Gemeindebüros. Geht es nicht darum, Mobilität, Gesundheit und gute Verwaltung zu gewährleisten und das, wenn möglich, mit weniger Geld und nicht überall auf die gleiche Art und Weise? Wieso kann die Wohlfahrt in Ländern mit kleinerer Bevölkerung eigentlich höher sein als bei uns und noch dazu ohne dass dort mehr Geld zur Verfügung steht? Wir wissen, dass wir und dass Thüringen Antworten auf solche Fragen braucht und deshalb wissen wir auch eines: Egal in welcher Farbkombination, unser Land braucht ab September auf jeden Fall eine vorausschauende grüne Finanzpolitik, die dabei hilft, eine ökologisch-soziale Richtung einzuschlagen!



Carsten Meyer

Sprecher für Haushalt, Finanzen, Medien, Justiz-, Bundes- und Europaangelegenheiten

Schritt 6 für mehr Wohlfahrt in Thüringen:
Nachhaltige Entwicklung vorantreiben.

Eine Neuausrichtung der EU-Förderpolitik würde die Möglichkeiten verbessern, die Entwicklung der Regionen unseres Landes auf ein breiter gefasstes Wohlfahrtskonzept zu orientieren. Wenn es auf die Qualität des Wachstums ankommt, spielt nicht nur die Höhe der Produktion eine Rolle. Vielmehr wird zunehmend wichtig, was und wie produziert wird und wie sich Ideen des nachhaltigen Wirtschaftens vor Ort entwickeln und durchsetzen können.



Protestbanner entlang der B62 Leimbach-Kaiseroda im Wartburgkreis. Die gleichnamige Bürgerinitiative fordert die Realisierung der bereits seit 1982 in Planung befindlichen Ortsumgehung. www.bundesstrasse62.de

Hochschulpolitik – quo vadis?

In den letzten Wochen und Monaten wurde viel über die Zukunft der Hochschulen im Land diskutiert. Doch welche Richtung Thüringen hier künftig einschlägt, ist immer noch ungewiss. Der Plan zur Hochschulentwicklung liegt schon seit einiger Zeit im Kabinett auf Eis.

Während die Hochschulen inzwischen aufgrund des Sparzwangs planen, hunderte Stellen zu streichen und ganze Studiengänge de facto dicht zu machen, kann sich die schwarz-rote Landesregierung nicht einmal auf eine gemeinsame Linie zur künftigen Finanzierung der Hochschulen einigen. So ist die CDU-Fraktion vehement dagegen, dass die Hochschulen ab 2015 jährlich vier Prozent mehr Grundfinanzierung vom Land erhalten. Von einer auskömmlichen Finanzierung unserer Hochschulen will die Thüringer CDU offenkundig nichts (mehr) wissen.

Dabei sind der Frust und die Verzweiflung an den Hochschulen mittlerweile immens. Erst im Dezember 2013 haben in Erfurt und Jena tausende Studierende und Angestellte der Hochschulen für eine bessere Hochschulfinanzierung und gute Arbeits- und Studienbedingungen protestiert. Diese Proteste haben wir von Anfang an unterstützt. Seit langem beobachten wir, dass sich die Situation an den Hochschulen immer weiter verschlechtert. Nicht nur die Betreuungsrelation wird schlechter, auch die Raumknappheit sucht beispielhaft in Jena ihresgleichen. Zudem nimmt der Anteil des wissenschaftlichen Prekariats in den letzten Jahren immer mehr zu. Daher werben wir weiter dafür, dass die Hochschulen endlich verlässlich und auskömmlich finanziert und zukünftig mindestens auch die allgemeinen Kostensteigerungen berücksichtigt werden. Gleichzeitig diskutieren wir die Beschäftigungssituation an den Hochschulen. Hier hat die Landesregierung unlängst einen nur scheinbar hochtrabend daher kommenden „Gesetzentwurf zur Verbesserung

der Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses“ vorgelegt, der seinem im Titel formulierten Anspruch jedoch nicht im Geringsten gerecht wird. Regelungen zur Verbesserung der beruflichen Perspektiven oder gar zum Abbau

der prekären Beschäftigung finden sich darin nämlich so gut wie gar nicht. Die Hochschulen sollen künftig zwar mehr Tenure-Track-Berufungen durchführen können, was wir durchaus sinnvoll finden, zumal dies international bereits Standard ist. Allerdings bleibt der größte Teil des wissenschaftlichen Personals bei der Gesetzesinitiative vollkommen außer Acht. An den wahren Problemlagen agiert diese Landesregierung leider auch hier vorbei. Befristung, Teilzeit und schlechte Bezahlung im Wissenschaftssystem spielen ebenso wie echte Chancengleichheit und Frauenförderung keine Rolle. Dabei hätte ein Gesetz zur Verbesserung der Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses hier eine grundsätzliche Umsteuerung einfordern müssen. Statt möglichst viel Personal für wenig Geld einzustellen, müssen mehr reguläre und unbefristete Arbeitsplätze geschaffen werden – vor allem dort, wo dauerhaft Lehr- und Prüfungsaufgaben erfüllt werden. Ebenso braucht es verbindliche Vereinbarungen zum Abbau prekärer Arbeitsverhältnisse und für gute Arbeit mit den Hochschulen sowie einheitliche Regelungen zur Bezahlung studentischer Hilfskräfte und eine Einbeziehung von Studierenden in das Personalvertretungsgesetz.

Zudem vermissen wir eine verpflichtende Frauenförderung. Gleichstellung spielt seit Jahrzehnten in Thüringen bisher nur eine untergeordnete Rolle. Wie Studien zeigen, ist der Freistaat bei der Gleichstellung in der Wissenschaft bundesweit Schlusslicht. Wir fragen uns, warum nicht längst das Kaskadenmodell in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen festgeschrieben wurde und die Kompetenzen der Gleichstellungsbeauftragten nicht ausgeweitet werden. Auch hierzu hätte ein guter Gesetzentwurf für die Förderung wissenschaftlichen Nachwuchses Vorschläge machen müssen. Eine mutige und zukunftsfähige Hochschulpolitik sieht wahrlich anders aus.

Schritt 7 für mehr Wohlfahrt in Thüringen: Bildungswesen stärken.

Bund und Länder haben sich bereits 2008 verpflichtet, mindestens zehn Prozent des BIP jährlich in Bildung und Forschung zu investieren. Dieses Ziel ist bis heute nicht erreicht. Deshalb sagen wir: Wir dürfen nicht bei 4,5 Prozent in Thüringen stehen bleiben. Ziel muss es sein, bis 2020 mindestens sieben Prozent in Bildung und 3,5 Prozent in Forschung und Entwicklung zu investieren.



Astrid Rothe-Beinlich

Vizepräsidentin des Thüringer Landtags, Parlamentarische Geschäftsführerin, Sprecherin für Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie Migrations- und Flüchtlingspolitik

Weiterführende Infos:

Antwort auf Kleine Anfrage: Besetzung von Planstellen, Lehrdeputate und Hochschulstruktur in Thüringen | gruenlink.de/q2u



Antwort auf Kleine Anfrage: Militärische und sicherheitstechnische Forschung in Thüringen seit 2009 | gruenlink.de/q2v



Antwort auf Kleine Anfrage: Wohnheimplatzkapazitäten für Studierende in Thüringen | gruenlink.de/q2w



Astrid Rothe-Beinlich, Landessprecherin Stephanie Erben und die Fraktionsvorsitzende Anja Siegesmund unterstützen die Demonstration „Hochschulentwicklung finanzieren – aber richtig!“ in Erfurt

Landwirtschaft – Qualität und Extensivierung vor Exportorientierung

„Höher, schneller, weiter“ lautet auch das aktuelle Motto in der Agrarwirtschaft. Turbo-Milchleistungskühe sollen den Globus mit Milch versorgen. Die Agrogentechnik wird als Allheilmittel gegen den Hunger in der Welt angepriesen. Immer mehr bestimmt die Agro- und Ernährungsindustrie die Landwirtschaft und ihr Handeln. Doch mit welchen Folgen? Tier-, Umwelt- und Klimaschutz bleiben zunehmend auf der Strecke. Diesem Trend wollen wir entgegensteuern.

Anstatt auf immer mehr Export zu setzen, brauchen wir ein ganzheitliches Umdenken in der Landwirtschaft hin zu mehr Qualität und zur Extensivierung statt Intensivierung. Der Ökolandbau nimmt dabei für uns eine Schlüsselrolle ein. Der Verzicht auf Agrogentechnik, chemische Pflanzenschutz- und Düngemittel sowie das Denken in regionalen Kreisläufen ist für uns das Leitbild einer zukunftsorientierten Landwirtschaftspolitik. Es zeugt jedoch nicht gerade von ökonomischem Sachverstand, wenn die Thüringer Landesregierung auf den Export von billigem Schweinefleisch setzt und dabei zusieht, wie hochpreisige Ökolebensmittel in zunehmendem Maße importiert werden müssen. Das geht zu Lasten der einheimischen Landwirtschaft, weil Wertschöpfungspotentiale vergeben werden.

Unser billiges Fleisch ist teuer erkaufte. Die Reduzierung unseres Fleischkonsums und das Meiden von Produkten aus der industriellen Intensivtierhaltung sind ein aktiver Beitrag für Klima-, Umwelt- und Tierschutz. Für unsere Tierproduktion nutzen wir Flächen, die in anderen Regionen der Erde dringend für die Versorgung der Menschen vor Ort benötigt werden. Bei der Produktion von einem Kilogramm Rindfleisch werden 6,5 Kilogramm Kohlendioxid freigesetzt. Zudem werden enorme Mengen an Wasser verbraucht. Die

Ökobilanz ist verheerend. Ein weiteres Problem stellt der Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung dar. Die derzeitigen Tierhaltungsformen bei Geflügel und Schweinen sind derartig für Krankheiten anfällig, dass sie ohne Antibiotika nicht mehr auskommen. Ohne ein Umsteuern gefährden wir nicht nur die Gesundheit der Tiere, sondern auch unsere Eigene.

Die landwirtschaftliche Überproduktion trägt in den Industrieländern nicht dazu bei, den Hunger in den armen Ländern zu beseitigen. Im Gegenteil, die wachsende Abhängigkeit der Entwicklungsländer vom Weltmarkt führt zu noch mehr Hunger. Um Landwirtinnen und Landwirte vor einem Exportwahn und Dumpingpreisen zu schützen, sprechen wir uns für eine Mengenregulierung im europäischen Milchmarkt aus. Wir brauchen nicht die Hochleistungskuh, die immer mehr Milch zu Lasten ihrer Gesundheit liefert. Wir wollen, dass Qualität und Tiergesundheit zusammengedacht werden und Landwirtinnen und Landwirte faire Preise für ihre Erzeugnisse bekommen.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher sind zwar beim Thema Landwirtschaft sehr sensibilisiert, doch spiegelt sich dies nicht immer im Ernährungsverhalten wieder. Uns geht es dabei nicht um Verbote, sondern um das bewusste Hinterfragen, welche Auswirkungen unsere Lebensweise auf Mensch und Umwelt haben und welche Konsequenzen sich daraus ableiten. Die Förderung von Ökoprodukten und regional erzeugten Lebensmitteln unterstützt eine nachhaltige Landwirtschaft und sichert Wertschöpfung in Thüringen.

Anja Siegesmund (Bildmitte) mit den Vorsitzenden der ostdeutschen Grünen-Fraktionen im März 2014 bei einer Aktion gegen Massentierhaltung vor dem Schweriner Schloss.



Dr. Frank Augsten

Stv. Fraktionsvorsitzender, Sprecher für Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz und Gentechnik sowie Gleichstellung

Weiterführende Infos:



Pressemitteilung: Gentech-Mais – Bundesregierung wird ihrer Verantwortung nicht gerecht
gruenlink.de/plb



Antrag: Transatlantisches Freihandelsabkommen darf Umwelt und Verbraucherschutzstandards der Europäischen Union nicht aufweichen | gruenlink.de/pla

Schritt 8 für mehr Wohlfahrt in Thüringen:

Emissionen verringern.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Entwicklung von Speichertechnologien bieten den Schlüssel für eine klimaneutrale Energieerzeugung.

Die ideologische Blockade einzelner Energieträger, wie der Windenergie, ist deshalb einzustellen und ein Ausbau mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu erreichen.

Schritt 9 für mehr Wohlfahrt in Thüringen:

Flächen entsiegeln.

Trotz Bevölkerungsrückgangs verlieren wir allein durch Versiegelung in Thüringen jeden Tag über drei Hektar an Land- und Forstwirtschaft. Das Grüne Herz der Bundesrepublik wird also immer kleiner. Wir fordern deshalb seit langem, das Ziel eines Null-Hektar-Flächenverbrauchs bis 2020 zu verwirklichen und dadurch die einzigartige Landschaft und Natur Thüringens für die kommenden Generationen zu erhalten.

Notwendige Zäsur im Thüringer Verfassungsschutz



Dirk Adams

Sprecher für Innenpolitik, Energie, Technologie und Tourismus, Mitglied im Untersuchungsausschuss 5/1, Stv. Vorsitzender des Untersuchungsausschusses 5/2

Weiterführende Infos:

Rede von Dirk Adams zur Neufassung des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes (YouTube) [gruenlink.de/pld](https://www.youtube.com/watch?v=gruenlink.de/pld)



Pressemitteilung: Solidarität mit den Opfern von Ballstädt [gruenlink.de/plc](https://www.gruenlink.de/plc)



Bereits kurze Zeit nach der Selbstenttarnung des NSU im November 2011 hat sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landtagsfraktion Thüringen drei Aufgaben gestellt. So sollte aufgeklärt, die Frage nach einer wirksamen Reform unserer Sicherheitsarchitektur beantwortet sowie die personelle Verantwortung benannt werden.

In den letzten Jahren haben wir uns intensiv der Aufarbeitung der Geschehnisse um die rechte Terrorzelle gewidmet, unter anderem im Untersuchungsausschuss 5/1. Parallel dazu haben wir in Fraktion und Parteikontrovers diskutiert und an einer neuen Sicherheitsarchitektur gearbeitet. Ein Ergebnis liegt nun mit unserem Entwurf zur Neufassung des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes vor.

Zu den wichtigsten Änderungen zählt die Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz und die Neuerrichtung des Verfassungsschutzes als Abteilung im Innenministerium, um politische Verantwortungsträger/-innen stärker in die Pflicht zu nehmen, verbunden mit einem kompletten personellen Neuanfang. Hierzu wurde ein Gesetz zur Änderung des Art. 97 Satz 1 der Thüringer Verfassung eingebracht. Wir GRÜNE setzen somit eine echte Zäsur.

Die Aufsicht soll dadurch neu aufgesetzt werden, indem zukünftig die Staatskanzlei diese Aufgabe übernimmt. Der Einsatz von V-Personen sowie die Nutzung derartiger Erkenntnisse aus anderen Ländern und dem Bund sind nach unserem Entwurf unzulässig. Zum Stichtag 31. Dezember 2016 soll evaluiert werden, ob dieser Verzicht die Aufgabenerfüllung erheblich beeinträchtigt oder unmöglich macht. Sofern dies wissenschaftlich festgestellt werden sollte, werden diese nicht automatisch wieder eingeführt. Der Gesetzgeber ist vielmehr gehalten, auch andere Lösungen zu fin-

den. Der Einsatz „verdeckter Ermittler“ (Beamte unter Legende) bleibt jedoch zulässig.

Neben einer Aufgabenreduzierung durch die Streichung der Beobachtung der organisierten Kriminalität und der Strukturen des ehemaligen MfS wurden umfangreiche Dokumentations- und Berichtspflichten festgelegt. So ist ein Anfangsvermerk bei Aufnahme von Beobachtungen zu fertigen, jede nachrichtendienstliche Maßnahme und jedes Ergebnis niederzulegen und bei Beendigung ein Schlussvermerk zu erstellen, um die lückenlose Nachvollziehbarkeit sämtlicher Maßnahmen zu gewährleisten. Die Parlamentarische Kontrollkommission wird gestärkt. Sie wird u.a. umfangreicher als bisher informiert und erhält Betretungsrechte. Sie soll nunmehr auch grundsätzlich öffentlich tagen.

Wir wollen im Gegensatz zur bisherigen Regelung den Kernbereich privater Lebensgestaltung stärker durch ein Stufensystem nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens schützen. Das Vertrauensverhältnis zu den Berufsträger/-innen ist ohne Wenn und Aber erfasst.

Diese Regelungen stellen einen echten Neuanfang dar, wobei wir das Ziel einer geheim- und nachrichtendienstfreien Gesellschaft nicht aus den Augen verlieren. Bereits vor der Debatte im Plenum haben wir den Entwurf gemeinsam mit den Thüringer Bürgerbündnissen gegen Rechts diskutiert. Nach intensiver und emotionaler Debatte im Landtag wurde der Entwurf mit großer Mehrheit zur Beratung in den Innenausschuss überwiesen.

Bild links: Auch in diesem Jahr beteiligte sich unsere Fraktion wieder an der gemeinsamen Plakataktion mit SPD und DIE LINKE zur Demonstration „Dresden nazifrei!“ vor dem Thüringer Landtag. Hier im Bild: Anja Siegesmund

Unten: Die innenpolitischen Sprecher/-innen der Grünen Landtagsfraktionen aus Thüringen und Sachsen, Dirk Adams und Eva Jähnigen, am 13. Februar in Dresden.



Schritt 10 für mehr Wohlfahrt in Thüringen: Sanften Tourismus fördern.

Die Schonung unserer Naturressourcen in Thüringen ist von fundamentaler Bedeutung, auch um im Tourismusbereich zukünftig national und international wettbewerbsfähig zu sein. Die Verbesserung der Luft-, Boden- und Wasserqualität sowie der Stopp der genannten Flächenversiegelung sollte deshalb in Tourismuskonzepten und Wirtschaftspolitik Eingang finden.

Fraktion in Kürze



25 Jahre friedliche Revolution – Einladung zum Sommerfest am 10. Juli 2014

Der Termin für unser alljährliches Sommerfest steht! Dieses wird diesmal ganz im Zeichen der friedlichen Revolution stehen. Besonders freuen wir uns deshalb auf Werner Schulz, langjähriger bündnisgrüner Abgeordneter im Bundestag und dem Europaparlament. Katrin Göring-Eckardt, Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag, wird uns durch den Abend begleiten.

Ein Klimaschutzgesetz für Thüringen

Konkrete Klimaschutzziele sind in Thüringen bisher nicht verbindlich festgelegt. Ebenso fehlen Mechanismen und Vorgaben für die Erarbeitung, Umsetzung und Überprüfung der klimapolitisch notwendigen Maßnahmen. Unsere Fraktion hat deshalb im Januar 2014 ein Klimaschutzgesetz für den Freistaat Thüringen in den Landtag eingebracht, um einen langfristig angelegten und nachvollziehbaren gesetzlichen Rahmen für Kommunen zu schaffen. Unser Entwurf wird nun am 25. Mai bei einer öffentlichen Anhörung im Umweltausschuss beraten.



Freiheit für Schulen: Verhandlung vor dem Thüringer Verfassungsgericht

Die mehrstündige mündliche Verhandlung unserer Klage zum Gesetz für freie Schulen vor dem Thüringer Landesverfassungsgericht am 17. März 2014 stimmt uns verhalten optimistisch. In der Verhandlung wurde deutlich, dass es seitens des Verfassungsgerichtes viele Fragen an die Landesregierung gibt. Sicher sind wir uns weiterhin, dass die Transparenz der Berechnungsgrundlagen für die Finanzhilfe nicht gegeben ist. Das abschließende Urteil wird am 16. April 2014 erwartet.

Gewässer- und Hochwasserschutz in Thüringen

Thüringen ist verpflichtet, die Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie umzusetzen. Mit einer Pressekonferenz im Vorfeld des Weltwassertages haben wir unsere Große Anfrage „Wasser- und Abwasserpolitik in Thüringen“ (Drs. 5/6872) und unsere Forderungen für einen effektiven Gewässerschutz vorgestellt. Fachlich unterstützt wurden wir dabei von Martin Schmidt (NABU Thüringen) und Gerhard Kemmler (Vizepräsident des Verbands für Angeln und Naturschutz).



Peak Oil – Herausforderung für Thüringen

Unsere Energieversorgung ist nach wie vor hauptsächlich vom Import fossiler Energieträger abhängig. Beim Ölbedarf liegt diese Abhängigkeit in Thüringen nach wie vor bei 100 Prozent. Unsere Landtagsfraktion hat mit der Studie „Peak Oil - Herausforderung für Thüringen“ Risiken und Lösungsansätze für Unternehmen und Menschen in Thüringen analysieren lassen und ermöglicht damit einen Beitrag zur Diskussion möglicher Handlungsansätze. Die Studie gibt es zum Download unter <http://gruenlink.de/pe>

Foto: beermedia – Fotolia.com

Fachgespräch zur Zukunft des EEG und des Strommarktdesigns

Auch in den nächsten Monaten führen wir unsere inhaltliche Arbeit fort: Bei einem Fachgespräch zur Zukunft des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wird der Energie- und Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Uwe Leprich vom Institut für Zukunftssysteme (IZES) der HTW Saar und Sprecher des Forschungsverbundes Erneuerbare Energien (FVEE) über die Chancen einer erfolgreichen Energiewende referieren. Los geht es am 17. April 2014 ab 15.00 Uhr im Thüringer Landtag (Raum F125).



Die MitarbeiterInnen der Fraktion



Mario Amling
Referent für Umweltschutz, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz, Gentechnik und Gleichstellung
Parlamentarische Beratung
Telefon: 0361/3772678
E-Mail: mario.amling@gruene-fraktion.thueringen.de



Ines Birkmann
Referentin der Fraktion
Geschäftsstelle
Telefon: 0361/3772670
E-Mail: ines.birkmann@gruene-fraktion.thueringen.de



Matthias Bley
Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Inklusion
Parlamentarische Beratung
Telefon: 0361/3772657
E-Mail: matthias.bley@gruene-fraktion.thueringen.de



Beate Blumenstein
Referentin der Fraktionsvorsitzenden
Geschäftsstelle
Telefon: 0361/3772660
E-Mail: beate.blumenstein@gruene-fraktion.thueringen.de



Christian Demmelmeier
Referent für die Begleitung des Untersuchungsausschusses 5/1
Parlamentarische Beratung
Telefon: 0361/3772681
E-Mail: christian.demmelmeier@gruene-fraktion.thueringen.de



Silke Fließ
Pressesprecherin
Presse- und Kommunikationsverantwortliche
Pressestelle
Telefon: 0361/3772666
E-Mail: silke.fliess@gruene-fraktion.thueringen.de



Tino Gaßmann
Referent für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Migrationspolitik
Parlamentarische Beratung
Telefon: 0361/3772683
E-Mail: tino.gassmann@gruene-fraktion.thueringen.de



Christian Herrmann
Assistent der Geschäftsstelle/
Referent der Parlamentarischen Geschäftsführung
Geschäftsstelle
Telefon: 0361/3772682
E-Mail: christian.herrmann@gruene-fraktion.thueringen.de



Jan Lemanski
Referent für Grundsatzfragen und Wirtschaft
Parlamentarische Beratung
Telefon: 0361/3772680
E-Mail: jan.lemanski@gruene-fraktion.thueringen.de



Kathleen Lützkendorf
Referentin für Soziales, Familie, Arbeit, Gesundheit und Sport
Parlamentarische Beratung
Telefon: 0361/3772693
E-Mail: kathleen.luetzkendorf@gruene-fraktion.thueringen.de



Christian Muth
Referent für Grundsatzfragen und Wirtschaft
Parlamentarische Beratung
Telefon: 0361/3772654
E-Mail: christian.muth@gruene-fraktion.thueringen.de



Antje Niebur
Referentin für Haushalt, Finanzen
sowie Bundes- und Justizangelegenheiten
Parlamentarische Beratung
Telefon: 0361/3772676
E-Mail: antje.niebur@gruene-fraktion.thueringen.de



Sandra Reda
Referentin der Parlamentarischen Geschäftsführung/
Referentin für Europaangelegenheiten und Medien
Parlamentarische Beratung
Telefon: 0361/3772679
E-Mail: sandra.reda@gruene-fraktion.thueringen.de



Matthias Schlegel
Referent für Bau, Landesentwicklung, Verkehr und Petitionen
Parlamentarische Beratung
Telefon: 0361/3772691
E-Mail: matthias.schlegel@gruene-fraktion.thueringen.de



Jörg Schwabe
Referent für Veranstaltungskoordination
Pressestelle
Telefon: 0361/3772690
E-Mail: joerg.schwabe@gruene-fraktion.thueringen.de



Gabriele Sondermann
Fraktionsgeschäftsführerin
Geschäftsstelle
Telefon: 0361/3772669
E-Mail: gabriele.sondermann@gruene-fraktion.thueringen.de



Norbert Sondermann
Referent für Energie und Klima
Parlamentarische Beratung
Telefon: 0361/3772692
E-Mail: norbert.sondermann@gruene-fraktion.thueringen.de



Antonia Sturm
Referentin für Innenpolitik, Technologie und Tourismus sowie
für die Begleitung des Untersuchungsausschusses 5/2
Parlamentarische Beratung
Telefon: 0361/3772677
E-Mail: antonia.sturm@gruene-fraktion.thueringen.de



Thomas Tappert
Stellvertretender Pressesprecher
Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Pressestelle
Telefon: 0361/3772667
E-Mail: thomas.tappert@gruene-fraktion.thueringen.de

Impressum

hinterGRÜNde

Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtagsfraktion Thüringen

Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Telefon: 0361/3772670

E-Mail: info@gruene-fraktion.thueringen.de

Internet: www.gruene-fraktion.thueringen.de

V.i.S.d.P.: Silke Fließ

Layout, Satz: WA Kleine Arche GmbH, Erfurt

Titelfoto: Katrin Uhlig

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.
Wir nutzen Ihre gespeicherten Kontaktdaten ausschließlich für die Zusendung
von Informationen über unsere parlamentarische Arbeit. Nachfragen oder
Widersprüche an: datenschutz@gruene-fraktion.thueringen.de

Besuchen Sie uns auch im Social Web!

